

Kommentar zur Häfen-Diskussion

Retourkutsche im Hafen-Streit

Von Peter Berger, 03.09.09, 20:21h

Nachdem der Bau des Godorfer Hafens gestoppt wurde, fordert Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar, dass Deutz ein Industriehafen bleibt. Außerdem müsse ein Nutzungskonzept für alle Häfen erstellt werden.



Der Deutzer Hafen soll ein Industriehafen bleiben und nicht, wie von der Stadt geplant, teilweise als Wohnfläche umgestaltet werden. (Bild: Archiv)

Das riecht nach Retourkutsche. Am Tag nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln zum Godorfer Hafen macht Regierungspräsident Hans-Peter Lindlar das Hafen-Fass komplett auf. Seine Forderung, Deutz müsse Industriehafen bleiben, ist nichts anderes als die versteckte Kritik am verfügbaren Baustopp für Godorf. Immerhin hatte das Verwaltungsgericht der Bezirksregierung Köln mit dem Urteil ins Stammbuch geschrieben, sie habe möglicherweise Genehmigungen erteilt, für die die Stadt zuständig gewesen wäre.

Die Fakten, mit denen Hans-Peter Lindlar seine Kritik an den Umnutzungsplänen der Kölner Politik für Deutz untermauert, sind schließlich nicht neu. In einem Punkt hat der Regierungspräsident völlig recht. Es muss ein abgestimmtes Nutzungskonzept für alle Hafenflächen am Rhein her. Warum das allerdings nur auf Köln beschränkt sein soll, erschließt sich nicht. Ein Hafenkonzept für den Rhein muss - und da liegen die Kölner Grünen mit ihrer Forderung auf der richtigen Spur - auch Bonn, Düsseldorf und Neuss einschließen. Womöglich muss sogar auch die Entwicklungspotenziale des Duisburger Hafens einbeziehen - immerhin der größte Binnenhafens Europas. Ein Logistik-Konzept für 2025 kann nicht an der Grenze eines Regierungsbezirks enden. Nicht umsonst ist es im Bundesverkehrswegeplan niedergelegt, der Schiene, Straße und Binnenschifffahrt einschließt. Der Regionalplan Köln allein ist nicht ausschlaggebend.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1246883852549>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.